

# Kein Verbot von Alltagswerkzeug



**H**intergrund Nach Angriffen mit Messern wird immer wieder ein Verbot von Messern in der Öffentlichkeit gefordert. Mit dem Sicherheitspaket im Oktober 2024 wurde ein Führverbot von Messern auf Veranstaltungen beschlossen. Zudem können Waffen- und Messerverbote im Nah- und Fernverkehr erlassen werden.

Als Argument für diese Maßnahmen wird angeführt, die „Messerkriminalität“ bekämpfen zu wollen. Beispiele in bereits vorhandenen Waffenverbotszonen, wie der Reeperbahn in Hamburg oder in der Eisenbahnstraße in Leipzig zeigen, dass die dort errichteten Waffenverbotszonen kaum oder gegebenenfalls nur temporäre positive Auswirkungen auf das Kriminalitätsgeschehen haben.

## Individuelle Waffen- und Messerverbote statt pauschaler Beschränkungen von Alltagsgegenständen.

- D**etails & Erklärung
- Bei Messern handelt es sich um Alltagsgegenstände, die in nahezu jedem Haushalt vorhanden sind. Sie können nicht vollständig aus dem öffentlichen Raum verbannt werden.
  - Weitere Verbote werden keine einzige Gewalttat verhindern. Wer nicht davor zurückschreckt, Menschen mit einem Messer schwer zu verletzen oder gar zu töten, den wird keine Verbotszone aufhalten. Selbst wenn Messer ganz verboten wären, würden die Täter auf andere Tatmittel ausweichen.
  - Verbote müssen sich auf Personen und Täter, nicht auf Tatmittel richten. Denn Tatmittel sind austauschbar, sodass Messerverbote reine Symbolpolitik sind.
  - Es braucht eine differenzierte Herangehensweise und gezielte Maßnahmen. Dazu gehören mehr Prävention, die konsequente Durchsetzung des bestehenden Rechts, die Stärkung von Polizei und Justiz sowie zielgenaue Maßnahmen gegen Gefährder, Intensiv- und Gewalttäter. Dies kann beispielsweise auch ein individuelles Waffenbesitzverbot oder Waffenführverbot sein.
  - Ein generelles Messerverbot oder auch die Beschränkung von Klingenlängen trifft primär gesetzestreue Bürger, da viele Menschen ein Messer aus beruflichen oder alltäglichen Gründen mit sich tragen. Ein generelles Verbot schränkt sie in ihrer Freiheit ein, ohne einen Beitrag zur inneren Sicherheit zu leisten.
  - Anlasslose Kontrollen in Waffenverbotszonen befördern das Unwohlsein der Bevölkerung gegen staatliche Institutionen und können zu diskriminierendem Verhalten führen. Zudem besteht die Gefahr, dass reines Alltagsverhalten ohne Gefahrenpotential geahndet wird.
  - Die Durchsetzung von Messerverboten erfordert erhebliche Polizeikapazitäten, ohne dass ein signifikanter Rückgang der Kriminalität zu erwarten ist.